

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Oktober–Dezember 2015



4 | 2015

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	<i>Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats</i>
Internet	<i>www.destatis.de</i>
Schriftliche Anfragen	<i>www.destatis.de/kontakt</i>
Zentraler Auskunftsdienst	<i>Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05</i>
Erscheinungsfolge	<i>vierteljährlich</i>
Erscheinungstermin	<i>Januar 2016</i>
Fotorechte	<i>©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden</i>
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2015	<i>Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.</i>

<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
Editorial	5
Veranstaltungen und Besuche	
24. Wissenschaftliches Kolloquium: „Statistik verstehen – Orientierung in der Informationsgesellschaft“	6
Gerhard-Fürst-Preis 2015: Zwei herausragende Arbeiten zur Statistik ausgezeichnet	9
Amtsleiterkonferenz: Ausblick auf 2016	10
Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS)	11
Fachbesuch aus Vietnam zu Unternehmensstatistik und VGR	12
Besuch aus Aserbaidschan zum Qualitätsmanagement in Statistischen Ämtern	13
Tagung des Exekutivgremiums des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (CMFB)	14
Wiesbadener Abgeordnete Dr. Kristina Schröder besucht das Statistische Bundesamt	15
Statistisches Bundesamt gut vertreten bei Veranstaltungen zum Weltstatistiktag 2015	16
Statistisches Bundesamt berät das BVL im Expertenbeirat „Lebensmittelbetrug“	18
Aktuelle Querschnittsveröffentlichungen	
Statistisches Jahrbuch 2015 erschienen	19
Fachspezifisches im Fokus	
Arbeitsmarkt	
Qualität der Arbeit - Geld verdienen und was sonst noch zählt	20
Bildung und Kultur	
73. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik	21
Siebter Kulturfinanzbericht liegt vor	22
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich	22
134 500 Deutsche studierten 2013 im Ausland	23
Gesundheit	
Dritte Bestandsaufnahme der „Gesundheit in Deutschland“	24
Umwelt Umweltökonomische Gesamtrechnungen	
Leistungsstarke Autos bremsen Erfolge beim Umweltschutz	25
Produzierendes Gewerbe	
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“	26

Verkehr	
Deutscher Ansatz zur Erfassung des „intermodalen Verkehrs“ als Vorbild für die Praxis der europäischen Statistik	28
Großes Interesse der EU-Kommission an Datenbank „CARE“ über Verkehrsunfälle	29
Außenhandel	
Resümee des EU-Projekts „SIMSTAT“ zur Modernisierung der EU-Außenhandelsstatistik	30
Neues Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	31
Wirtschaftsrechnungen	
Die Erhebung „EU-SILC“: eine zentrale Datenquelle für die Sozialberichterstattung	32
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
51. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	35
Kontakt zur Redaktion	36
Personalnachrichten	
Statistisches Bundesamt	37
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	37
Anhang	
Tagungskalender	38
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Dezember 2015	42

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

erinnern Sie sich noch an die Jahrestagung des Statistischen Beirats im Juni des vergangenen Jahres? Manches, was damals auf der Tagesordnung stand, taucht auch in diesem ersten Heft der „Informationen“ des Jahres 2016 wieder auf: Etwa die Neukonzeption der Hochschulstatistik und der Energiestatistik sowie die Umsetzung des EU-Einheitenkonzepts in der deutschen Unternehmensstatistik. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass diese Baustellen die statistischen Ämter auch im laufenden Jahr beschäftigen werden.



A propos Hochschulstatistik: Wenn Sie sich in lehrend oder lernend mit Statistik befassen – aber auch einfach nur so – lade ich Sie ein, das neue Internetangebot „StatistikCampus“ kennenzulernen. Sie erreichen es über die Homepage www.destatis.de und finden dort gebündelt alles, was an der amtlichen Statistik für jene interessant ist, die im Hochschulbereich lehren, lernen und arbeiten: Datenrecherche, Forschungsdaten, Stellenausschreibungen, Praktikumsangebote, Veranstaltungsinformationen und einiges mehr. Besonders wichtig scheinen mir die Angebote, die ein besseres Verständnis von Statistiken fördern sollen. In diesem Sinne hatte das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft im November das Wissenschaftliche Kolloquium ausgerichtet. Ein Bericht hierüber eröffnet dieses Heft. In den Berichten aus den Fachstatistiken haben wir diesmal unter anderem innovativen Entwicklungen in den Verkehrsstatistiken Raum gegeben.

Damit überlasse ich Sie der Lektüre – und wünsche Ihnen allen einen guten Start in ein gutes neues Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Dieter Sarreither". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.

Dieter Sarreither
Präsident des Statistischen Bundesamtes



24. Wissenschaftliches Kolloquium: „Statistik verstehen – Orientierung in der Informationsgesellschaft“

„The sexiest job in the next ten years will be statisticians“ – „Verstehen Ärzte Gesundheitsstatistiken?“ – „Die Unstatistik des Monats“ – „Orientierung in der Informationsgesellschaft“ – „Statistik-Theater“ – „Zahlen erzählen“: Alles Schlagworte, die auf dem 24. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „STATISTIK VERSTEHEN – Orientierung in der Informationsgesellschaft“ am 19. und 20. November in Wiesbaden gefallen sind. Über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die gemeinsam vom Statistischen Bundesamt mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) veranstaltete Tagung.



Sibylle von Oppeln-Bronikowski

Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Direktorin beim Statistischen Bundesamt, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und betonte dabei die Unentbehrlichkeit der Datenkompetenz heutzutage in den allermeisten anspruchsvolleren Berufen sowie die daraus folgende hohe Bedeutung der Verbesserung und Förderung der Datenkompetenz jedes Einzelnen. Auch anhand des derzeit aktuellen Themas „Flüchtlinge“ zeigt sie auf wie wichtig das Verständnis von Worten und Zahlen ist.

Zwei der erfolgreichsten Sachbuchautoren zum Thema Statistik konnten für das Kolloquium gewonnen werden: Prof. Dr. Gerd Gigerenzer, Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin und Leiter des dort angesiedelten Harding-Zentrums für Risikokompetenz, und Prof. Dr. Walter Krämer, Technische Universität Dortmund.

Beide haben gemeinsam mit Prof. Dr. Thomas Bauer vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen und der Ruhr Universität Bochum das Buch „Warum dick nicht doof macht und Genmais nicht tötet – Über Risiken und Nebenwirkungen der Unstatistik“ geschrieben (s. Heft 4/2014).

Prof. Dr. Krämer moderierte das Kolloquium. In seiner Einführung schnitt er die häufigsten Denkfehler und Verständnisbarrieren an (wie beispielsweise der falsche Umgang mit Anteilen und Wahrscheinlichkeiten oder das Verwechseln von Korrelation und Kausalität) und stellte diese in Beispielen dar.

Prof. Dr. Gigerenzer berichtete von Studien in Deutschland und anderen Ländern, die belegen, dass 70 bis 80 Prozent der Ärzte Gesundheitsstatistiken nicht verstehen und durch die Art der Darstellung in der Bewertung von Tests und Behandlungen stark beeinflusst werden können. Er erläuterte Prinzipien einer effizienten Risikokommunikation. „Aufklärung kann bessere Gesundheitsversorgung für weniger Geld ermöglichen“, betonte er.



Prof. Dr. Gert Gigerenzer



Prof. Dr. Bauer stellte in seinem Vortrag die „Unstatistik des Monats“ vor. Unter diesem Titel hinterfragen Gigerenzer, Krämer und Bauer seit dem Jahr 2012 jeden Monat sowohl jüngst publizierte Zahlen als auch deren Interpretationen. Im Rahmen des Vortrags wurden zwei „Turbogeneratoren“ von Unstatistiken näher beleuchtet: Die Verwendung von Ranglisten und die Verwechslung von Korrelation und Kausalität.

Zur Frage wie statistische Informationen einer breiten Öffentlichkeit besser verständ-



Prof. Dr. Walter Krämer

lich gemacht werden können, referierten an beiden Tagen weitere namhafte Personen aus den Bereichen Medien (Dr. Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Didaktik (Prof. Dr. Rolf Biehler, Universität Paderborn), Sozialwissenschaft (Anouk Zabal, GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim), statistische Beratung (Katharina Schüller, STAT-UP Statistische Beratung & Dienstleistungen, München) und Kultur (Sebastian Brünger, Theaterkollektiv „Rimini Protokoll“, Berlin).

Als Referentinnen aus dem Statistischen Bundesamt waren

Sibylle von Oppeln-Bronikowski und Kerstin Hänsel vertreten. Frau von Oppeln-Bronikowski stellte zusammen mit Christoph Bergmann in ihrem Vortrag „Zahlen erzählen. Statistik verstehen“ verschiedene Formen der Visualisierung anhand von Praxisbeispielen vor und zeigte neue Wege des Storytellings auf.

Frau Hänsel informierte anhand ihres Vortrags „Willkommen auf dem StatistikCampus!“ über das neue Online Serviceangebot des Statistischen Bundesamtes, das einen vereinfachten Zugang für Studierende zu amtlichen Daten ermöglichen soll.

Die Tagungsdokumentation mit den Kurzfassungen der Kolloquiums-Beiträge sowie den Vortragspräsentationen sind unter www.destatis.de unter „Methoden“ > [„Kolloquien“](#) verfügbar.

Prof. Dr. Krämer war bei dieser Veranstaltung nicht nur Moderator und Eröffnungsredner, sondern als Vorsitzender des Gutachtergremiums hielt er auch die Laudationes bei der feierlichen Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises, des Wissenschaftspreises des Statistischen Bundesamtes für herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit einem engen Bezug zur amtlichen Statistik – siehe dazu den folgenden Beitrag.



Gerhard-Fürst-Preis 2015: Zwei herausragende Arbeiten zur Statistik ausgezeichnet

Im Rahmen des 24. Wissenschaftlichen Kolloquiums (siehe vorangegangenen Bericht) verlieh das Statistische Bundesamt den „Gerhard-Fürst-Preis 2015“.

In der Kategorie „Dissertationen“ hat Dr. Christian Troost für seine Arbeit zum Thema



Dr. Christian Troost

„Agent-based modeling of climate change adaptation in agriculture: A case study with MPMAS for the Central Swabian Jura“ den Preis erhalten. Entstanden ist die prämierte Dissertation an der Universität Hohenheim bei Prof. Dr. Thomas Berger. Das damit verbundene Preisgeld beträgt 5 000 Euro.

In der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ wählten die Gutachter die Masterarbeit von Philip Rosenthal mit dem Thema „Optimierung von Algorithmen zur Schätzung von robusten Spatial Small Area Modellen“ aus. Betreut hatte diese Arbeit Prof. Dr. Ralf Münnich an der Universität Trier. Das mit dem Gerhard-Fürst-Preis verbundene Preisgeld beträgt in dieser Kategorie 2 500 Euro.

Die Dissertation von Dr. Troost analysiert Ausmaß und Geschwindigkeit landwirtschaftlicher Anpassung an den Klimawandel, indem sie Prozesse einbezieht, die in anderen agrarökonomischen Modellsätzen gewöhnlich nicht berücksichtigt werden können. Mit der Modellierungssoftware MPMAS wurde ein agrarökonomisches Multiagentenmodell entwickelt, um die Anpassung der Landwirtschaft auf der Mittleren Schwäbischen Alb zu untersuchen. Vor dem Hintergrund dieser Anwendung werden neue Ansätze diskutiert, entwickelt und getestet, um vier typischen Problemen zu begegnen, die sich bei der empirischen Anwendung agentenbasierter Modelle für ökonomische Analysen ergeben: Datenverfügbarkeit, Prozessunsicherheit, Modellvalidierung und benötigte Rechenkapazität.

Der erste Teil der Arbeit diskutiert methodische Aspekte der Nutzung agentbasierter Modelle wie MPMAS, die Entscheidungen als mathematische Optimierungsprobleme darstellen, in der landwirtschaftlichen Anpassungsforschung. Der zweite Teil der Arbeit beschreibt die Anwendung eines Multiagentenmodells für die Mittlere Schwäbische Alb.

Die Daten zur Modellparametrisierung stammen von statistischen Ämtern, Agrarberatungen, Expertenbefragungen und aus einer Erhebung unter Landwirten der Region. Der traditionell in MPMAS-Modellen benutzte Ansatz, künstliche, aber repräsentative



Philip Rosenthal, M.Sc.



Agentenpopulationen mithilfe eines Monte-Carlo-Verfahrens zu erstellen wurde ergänzt, um multivariate Verteilungen besser abbilden zu können und die Datenschutzbestimmungen bei der Nutzung von Daten aus der Landwirtschaftszählung und der Agrarstrukturerhebung einhalten zu können.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Landnutzungsentscheidungen der Landwirte nicht nur von Ertragsveränderungen abhängen, sondern auch von anderen klimainduzierten Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen: Potentielle Klimaefekte auf Feldarbeitstage und zusätzliche Fruchtfolgeoptionen zeigten ähnliche Auswirkungen wie die von einem Pflanzenwachstumsmodell vorhergesagten Ertragsveränderungen. Die Ergebnisse deuten auf eine Ausweitung der Weizen- und Silomaisanbaufläche auf Kosten des Gersteanbaus hin. Die Verdrängung von Sommergerstefläche durch Weizenfläche gilt allerdings für momentane Preisrelationen und ist bei höheren Relativpreisen für Sommergerste weniger stark ausgeprägt. Eine Analyse der Angebotsreaktionen zeigte, dass die Winterweizenfläche unter Klimawandelbedingungen in ein Substitutionsverhältnis mit der Sommergersteproduktion tritt, während die Konkurrenz mit Wintergerste abnimmt. Das bedeutet auch, dass die Kreuzpreiselastizität der Winterweizenfläche hinsichtlich des Braugerstepreises zunimmt.

Das Modell wurde außerdem genutzt, um die Förderung der Biogaserzeugung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Förderung der Grünlandextensivierung und Fruchtfolgediversifizierung durch das MEKA-Programm zu untersuchen. Die Simulationen zeigen auch den Zielkonflikt zwischen den beiden Politikmaßnahmen auf: Erhöhte Investitionen in Biogasanlagen steigern die Silomaisnachfrage und Grünlandintensivierung und verringern die Attraktivität der Beteiligung an MEKA-Fruchtfolge- und Grünlanddiversifizierungsmaßnahmen. Die MEKA-Maßnahmen haben auf der anderen Seite eine leicht verringerte und verzögernde Wirkung auf Biogasinvestitionen.

Die Masterarbeit von Philip Rosenthal geht auf das Problem ein, dass Stichprobenerhebungen für fachlich oder regional sehr tiefe Gliederungsebenen mit klassischen statistischen Methoden keine Schätzwerte mit angemessener Präzision liefern können. Sind geeignete Hilfsvariablen vorhanden, können modellbasierte Small Area Verfahren eingesetzt werden, um den effektiven Stichprobenumfang in solch kleinen Regionen (engl. „small areas“) zu erhöhen und so die Schätzung zu verbessern. In vielen Small-Area Modellen wird von einer Normalverteilung der abhängigen Variable ausgegangen. Das ist bei schiefen Verteilungen und solchen mit Ausreißern problematisch. In solchen Fällen ist eine deutliche Verbesserung von einer Anwendung robuster Schätzmethoden zu erwarten. Wird zusätzlich von räumlichen Abhängigkeiten in den Daten ausgegangen, wie beispielsweise bei Mietspiegeln nahe Ballungsgebieten, können diese Zusammenhänge in der Korrelationsstruktur des Small Area Modells berücksichtigt werden, selbst wenn keine geeigneten Hilfsvariablen vorhanden sind.

Für eine Anwendung in der Praxis ist neben einem guten Modell auch ein guter Algorithmus nötig, der in möglichst vielen Fällen brauchbare Ergebnisse berechnen kann. Das Ziel dieser interdisziplinären Masterarbeit ist neben der ausführlichen Beschreibung und Herleitung des robusten Spatial Small Area Modells auch die Entwicklung eines geeigneten numerischen Algorithmus, der die komplizierten Gleichungen schnell und verlässlich lösen kann. Ergebnis ist ein Hybridalgorithmus, dessen Praxistauglichkeit durch eine modellbasierte Simulationsstudie belegt, in der unterschiedliche Ausreißerszenarien betrachtet wurden. Die weitere Erforschung solcher Hybridalgorithmen, für die bislang kaum mathematische Theorie existiert, könnte langfristig dazu



führen, dass komplizierte statistische Small Area Modelle anwendungsfreundlich und effizient in praxisrelevante Softwareanwendungen implementiert werden können.

Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt jährlich den Gerhard-Fürst-Preis in den Kategorien Dissertationen und Master- bzw. Bachelorarbeiten (auch Diplom- und Masterarbeiten). Es werden herausragende Arbeiten ausgezeichnet, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Dies sind derzeit Professorinnen und Professoren Walter Krämer (Vorsitz), Roland Döhrn (RWI und Uni Duisburg-Essen), Markus Gangl (Uni Frankfurt am Main), Irena Kogan (Uni Mannheim), Notburga Ott (Uni Bochum) und Susanne Rässler (Uni Bamberg).

Die Laudationes auf die prämierten Arbeiten sind in der [Ausgabe 6/2015 der Zeitschrift „WISTA – Wirtschaft und Statistik“](#) nachzulesen. Die Preisträger berichten Anfang 2016 ausführlich in dieser Zeitschrift über ihre Arbeiten. Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie weitere Details zur Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises sind im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes zu finden.

Amtsleiterkonferenz: Ausblick auf 2016

Am 12. November trafen sich die Amtsleitungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Amtsleiterkonferenz (ALK). Gleichzeitig war die Herbst-Sitzung die erste ALK unter dem Vorsitz des neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither.

Zwei Themenblöcke standen im Vordergrund der November-Sitzung: die strategische Schwerpunkteplanung im Verbund und die aktuellen Entwicklungen im Europäischen Statistischen System (ESS). Wie gewohnt haben die Amtsleitungen zum Jahresende die strategische Ausrichtung des Statistischen Verbundes insbesondere für das kommende Jahr beraten. Acht Handlungsfelder bestimmen die Richtungen, in die sich die amtliche Statistik vorrangig zu entwickeln plant: Statistikübergreifend sind das „Qualität“, „Organisation“, „Statistikinfrastruktur“, „Außenwahrnehmung“ und „Kleinräumige Daten“, statistikspezifisch: „Gesamtrechnungssysteme“, „Fachstatistische Cluster“ und der „Zensus“. Insgesamt 47 Maßnahmen werden die statistischen Ämter in den Jahren 2016/2017 umsetzen, um damit die in den Handlungsfeldern verankerten Ziele zu erreichen.

Neben der Strategie selbst wurden auch ausgewählte fachliche Schwerpunkte, wie die weitere Vorbereitung des „Zensus 2021“, die „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ und das Thema „Migration“ behandelt. So hat sich die Leitungsebene der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter anderem damit befasst, welche Auswirkungen die anhaltend große Zuwanderung auf die laufenden Bevölkerungsstatistiken hat.

Der Einfluss Europas auf die deutsche amtliche Statistik spiegelte sich nicht nur in dem turnusgemäßen Bericht über die Ergebnisse des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) wider. Es wurde darüber beraten, wie der EU-Unternehmensbegriff mit Hilfe des sogenannten Profiling umgesetzt werden könnte (siehe auch Heft 1/2015, Seite 30 f.). Die Amtsleitungen haben sich darauf verständigt, eine Implementierung bis Mitte 2017 anzustreben.



Die Amtsleitungen haben die Termine für die drei Sitzungen im nächsten Jahr bereits verabschiedet. Die Sommer-ALK 2016 wird vom Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt ausgerichtet und findet am 5. und 6. Juli 2016 in Magdeburg statt. Im Herbst 2016 tagen die Amtsleitungen am 10. November. Die nächste ALK findet am 6. April 2016 statt.

Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS)

Am 19. November fand die 27. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg statt. Der AESS, das Amtsleitertreffen der Mitgliedstaaten und des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), tagt viermal im Jahr. Auf der Tagesordnung stehen regelmäßig wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen.

Es standen diesmal gleich drei umfassende Rahmenverordnungen auf der Tagesordnung, und zwar für die Bereiche Unternehmensstatistik, Sozialstatistik und Agrarstatistik. Zur Erläuterung: Bisher sind Statistiken auf EU-Ebene jeweils gesondert durch Einzelrechtsakte geregelt. Mit breit angelegten Rahmenverordnungen sollen nach der neuen Rechtsetzungspolitik Eurostats nun innerhalb eines jeden Themenbereichs (Bevölkerung, Unternehmen, Landwirtschaft etc.) einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Umfangreiche und detaillierte sektorspezifische Rechtsetzung, wie es sie bisher in jedem Statistikbereich gibt, soll vermieden werden. Damit sollen Fortschritte in Richtung einer besseren Harmonisierung und Standardisierung von statistischen Informationen oder Verfahren ermöglicht werden.

Ein vollständiger Verordnungsentwurf für die Sozialstatistik, ein umfassendes Strategiepapier für die Agrarstatistik und ein Fortschrittsbericht zum Bereich Unternehmensstatistik wurden vom AESS grundsätzlich unterstützt bzw. zur Kenntnis genommen. Eurostat plant, den Verordnungsentwurf zur Sozialstatistik, nach Klärung der von einigen Mitgliedstaaten in der Sitzung eingebrachten Fragen, Ende des 2. Quartals 2016 an Rat und EP zur weiteren Beratung zu übermitteln.

Auch das Thema ESS Vision 2020 stand wieder auf der Tagesordnung. Ein neuer Fortschrittsbericht wurde vorgestellt. Die ESS Vision 2020 wurde im Mai 2014 als gemeinsames Aktionspapier aller Mitglieder des Europäischen Statistischen Systems (ESS) im AESS verabschiedet. Die Akteure des ESS – Eurostat und die nationalen statistischen Ämter der Mitgliedstaaten – reagieren damit auf aktuelle Herausforderungen, vor denen die amtliche Statistik steht. Das ESS soll – unter Beachtung der Herausforderungen – durch die Vision weiterentwickelt werden. Es geht dabei vor allem um die Förderung und Stärkung der Qualität, Effizienz, Proaktivität und statistischen Kompetenz. Alle derzeitigen Projekte der Vision liegen im Arbeits- und Zeitplan. Die Qualität der Projekte hat grundsätzlich Vorrang vor der Einhaltung der im Vorfeld festgelegten Zeitpläne. Der AESS wird sich auch in Zukunft regelmäßig mit der Vision befassen.

Zugestimmt wurde einem Entwurf einer Durchführungsverordnung, mit dem die technischen Merkmale des Ad hoc Moduls 2017 der Arbeitskräfteerhebung (AKE) festgelegt werden. Das ad hoc Modul 2017 untersucht dabei die Thematik „Selbstständigkeit“ und liefert Informationen zu wirtschaftlich abhängiger Selbstständigkeit, über Arbeitsbedingungen und zur Arbeitszufriedenheit und Arbeitsautonomie.

Die nächste Sitzung des AESS findet am 11. Februar 2016 in Luxemburg statt.



Fachbesuch aus Vietnam zu Unternehmensstatistik und VGR

Am 19. und 20. November besuchten der Leiter des Nationalen Statistikamtes von Vietnam und seine Delegation das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Der Fachbesuch fand auf Wunsch der vietnamesischen Seite statt. Auf Grundlage eines Fragenkatalogs wurden die zweitägigen Fachgespräche mit der Themenstellung „Die deutsche Unternehmensstatistik und deren Verwendung in der VGR“ durchgeführt.

Martin Beck, Leiter der Gruppe E 1 „Unternehmensregister, Klassifikationen, Verdienste, übergreifende Unternehmensstatistiken“, begrüßte im Auftrag der Amtsleitung die vietnamesische Delegation. Die Begrüßung durch Präsident Dieter Sarreither erfolgte am zweiten Tag der Fachgespräche. Folgende Themen wurden präsentiert und diskutiert:

- das Statistische Bundesamt und das System der deutschen amtlichen Statistik,
- das System der deutschen Unternehmensstatistik,
- die Funktion und die Datenquellen des deutschen Unternehmensregisters,
- die Verwendung der Unternehmensstatistik in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie
- die Vorstellung der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes.

Dem Fachbesuch im Statistischen Bundesamt ging ein Besuch im österreichischen Statistikamt zu denselben Fragestellungen voraus.



(v.l.): Simone Koll, Nam Pham, Bernd Störtzbach, Lam Nguyen (Leiter Statistikamt Vietnam), Dieter Sarreither, Thuy Le, Tuyen Ha, Michael Konold, Stefan Hauf, Thuy Pham, Larissa Hahn, Guli Babadjanova.



Besuch aus Aserbaidschan zum Qualitätsmanagement in Statistischen Ämtern



Von rechts: Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Qasim Aliyev (SSC), Irina Meinke, Bernd Störtzbach, Mahliga Malikova, Vugar Shahbazov (beide SSC), Naila Nasirova (Dolmetscherin), Leonhard Fix.

Vom 2. bis 6. November war eine Delegation des State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan (SSC) zu Gast im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden.

Unter Federführung von Sibylle von Oppeln-Bronikowski (Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“) stellten Expertinnen und Experten der Gruppe B 2 „Institut für

Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ und weiterer Organisationseinheiten den aserbaidischen Gästen das Qualitätsmanagement im Statistischen Bundesamt vor.

Neben den nationalen und internationalen Grundsätzen wurden die klassischen Themen des Qualitätsmanagements und dessen Modelle, Instrumente und Prozesse vorgestellt, mit großem Interesse verglichen und diskutiert. Weitere Themenblöcke des Studienaufenthalts behandelten einen Überblick über das System der amtlichen Statistik in Deutschland, die regionale Dezentralisierung, die Reputationsanalyse, die Aus- und Fortbildung, Mitarbeiterbefragungen sowie die Arbeit des Pretestbereichs.

Der vom EU-TAIEX-Programm geförderte Studienbesuch zum Qualitätsmanagement bildete den Auftakt zur neuen Kooperationsphase mit dem aserbaidischen Statistikamt. In den kommenden beiden Jahren wird der Austausch zum Qualitätsmanagement, aber auch zu weiteren statistischen Bereichen im Rahmen des begonnenen EU-Twinning-Projekts fortgesetzt. Der Besuch in Wiesbaden bot den beteiligten Expertinnen und Experten neben dem fachlichen Austausch auch die Möglichkeit eines ersten Kennenlernens, einer Einschätzung der Erwartungen und der Gegebenheiten beim jeweiligen Kooperationspartner sowie der Planung und Abstimmung der künftigen Zusammenarbeit.



Tagung des Exekutivgremiums des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (CMFB)

Am 22. und 23. Oktober war das Statistische Bundesamt erstmals Gastgeber der Tagung des Exekutivgremiums des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (AWFZ) – besser bekannt unter der englischen Abkürzung CMFB für Committee of Monetary, Financial and Balance of Payments Statistics.

Als Tagungsort diente der i-Punkt Berlin. Für diesen begrüßte Thomas Krebs (B-iPunkt 101) als Leiter des Hauptstadtservices die Gäste, erläuterte die Aufgaben des i-Punkts und weckte besonderes Interesse bei den europäischen Gästen für die historische Umgebung des Tagungsortes in unmittelbarer Nähe des Checkpoint Charlie als Symbol des Kalten Krieges und der Teilung Berlins und Deutschlands.



Das CMFB Executive Body mit Thomas Krebs (i-Punkt, links) und Irmtraud Beuerlein (Leiterin der Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise“, 9. von links).

Das CFMB Executive Body beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den Schlussfolgerungen aus dem 3. Treffen des [Europäischen Statistischen Forums](#) am 23. September 2015 in Lissabon und legte Aktionspunkte und Aufgabenverteilung für die verschiedenen CFMB-Arbeitspakete fest, unter anderem die weitere Ausgestaltung der Qualitätsberichterstattung für die [Statistiken des Makroökonomischen Ungleichgewichte-Verfahrens](#), die Entwicklung einer europäischen Haltung zu internationalen Initiativen wie [Global Legal Identifier](#), [SDDS Plus](#) und [G-20 Data Gaps Initiative](#), die [Harmonisierung der Revisionspolitiken](#) sowie die Auswirkungen von [FRIBS](#) auf die Zahlungsbilanzstatistik.

Das CFMB Executive Body besteht aus jeweils fünf Vertretern der Nationalen Zentralbanken und der Nationalen Statistischen Ämter der EU sowie einem Vertreter der EZB und Eurostats. Den Vorsitz führt derzeit Jacques Fournier von der Banque de France. Ende 2014 wurde Irmtraud Beuerlein (Leiterin der Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise“) in das Steuerungsgremium gewählt.



Wiesbadener Abgeordnete Dr. Kristina Schröder besucht das Statistische Bundesamt



Dr. Kristina Schröder und Dieter Sarreither.

Am 9. Oktober besuchte die Bundestagsabgeordnete und Bundesministerin a. D., Dr. Kristina Schröder, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Es sei „das spannendste Amt in ihrem Wahlkreis“, so äußerte sich die Abgeordnete zu Beginn des Gesprächs. Ihr mittlerweile sechster Besuch unterstrich umso mehr ihr ausgeprägtes Interesse an den Ergebnissen und aktuellen Entwicklungen der amtlichen Statistik.

Die Abgeordnete Dr. Kristina Schröder ist Diplom-Soziologin, seit der 15. Legislaturperiode Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt den Wahlkreis Wiesbaden. Von 2009 bis 2013 war sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Derzeit ist sie unter anderem ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie.

Dr. Kristina Schröder nutzte den Besuchstermin dazu, sich über drei Fachthemen zu informieren.

Seit der Gesetzesnovelle im Jahr 2007 werden im Mikrozensus Angaben zur Zahl der geborenen Kinder und in der laufenden Geburtenstatistik Angaben zur Geburtenfolge aller Kinder einer Frau erhoben. Aufgrund der damaligen Initiative von Frau Schröder (sie war Mitglied im Innenausschuss) wurde das Mikrozensus- und Bevölkerungsstatistikgesetz geändert, auch mit dem Ziel, das Geburtenverhalten umfassender untersuchen zu können. Olga Pöttsch, Referentin im Referat F201 „Demografische Analysen“, stellte ausgewählte Befunde zum Geburtenverhalten vor, welche Erfahrungen das Statistische Bundesamt mit den zusätzlichen Merkmalen gemacht hat (z. B. Antwortbereitschaft 2008/2012) und wie diese genutzt werden.

Dr. Sabine Bechtold, Leiterin der Abteilung F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“, gab einen Einblick in den aktuellen Stand der Arbeiten zur Vorbereitung des registergestützten Zensus 2021, insbesondere die derzeitige Zeitplanung für den Gesetzgebungsprozess. Dr. Kristina Schröder war vor allem interessiert an den Praxiserfahrungen aus dem Zensus 2011, bei dem auf Melderegisterdaten zurückgegriffen wurde. Ergänzend dazu wurden auch die Vorteile, die ein dauerhaftes Anschriften- und Gebäuderegister als Auswahlgrundlage für amtliche Statistiken hätte, anschaulich erläutert.

Vor dem Hintergrund der Mietpreisbremse wird auf politischer Ebene zurzeit die Qualität und Nachvollziehbarkeit der rund 350 örtlichen Mietspiegel verstärkt diskutiert. Michael Kuhn, Leiter der Gruppe D 3 „Preise“, informierte über Ansatzpunkte, Potentiale, Voraussetzungen und Hürden bei der Ermittlung von bundesweit vergleichbaren Mietspiegeln durch die amtliche Statistik. So werden bei der Berechnung des monatlichen Verbraucherpreisindex regelmäßig auch Mieten erhoben: Die Nettokaltmieten machen 21 % des Warenkorb aus. Unter der Voraussetzung einer entsprechenden Rechtsgrundlage und Ressourcenausstattung könnte für amtliche Mietspiegel das



Gebäude- und Wohnungsregister eine geeignete Stichprobengrundlage darstellen. In der Diskussion wurden verschiedene Varianten angesprochen: eine online gestützte Voll- oder Stichprobenerhebung sowie eine Fortschreibung von Mietangaben, die möglicherweise in einer künftigen Gebäude- und Wohnungszählung – sofern politisch durchsetzbar – zusätzlich integriert werden könnten. Denn ab 2017 wird in Vorbereitung der nächsten Volkszählung erneut ein Gebäude- und Wohnungsregister aufgebaut werden. Dass ergänzend dazu eine hohe regionale Expertise, insbesondere Strukturinformationen, wie Wohnungslage, -größe und -ausstattung notwendig seien, kam ebenfalls zur Sprache. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, den schon bestehenden Mietindex der amtlichen Statistik stärker zu regionalisieren.

Bei diesem wohnungspolitisch brisanten Thema betonte Dr. Kristina Schröder den guten Ruf, den das Statistische Bundesamt als verlässlicher und unabhängiger Informationsdienstleister habe. Ihrer Meinung nach ist das Statistische Bundesamt „einfach unbestechlich“, weil es generell eine objektivierte Faktenbasis bereitstelle, die für zahlreiche politische Entscheidungen sehr wertvoll sei. Dies sollte aus ihrer Sicht auch bei der weiteren Umsetzung der Mietpreisbremse (Zulässigkeit von Mieterhöhungen) zum Tragen kommen. Dr. Kristina Schröder würde es sehr befürworten, wenn Destatis seine methodische und praktische Expertise bei den derzeitigen Diskussionen (Arbeitsgruppe beim BMJV) einbringen dürfe.

Dr. Kristina Schröder nutzte noch die Gelegenheit, sich mit den Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten des Hauses auszutauschen.

Statistisches Bundesamt gut vertreten bei Veranstaltungen zum Weltstatistiktag 2015

„Statistiken zur Nachhaltigkeit brauchen nachhaltige Statistiken.“ Im Sinne dieses Leitsatzes von Stefan Schweinfest, Direktor der UN-Statistikabteilung, zogen sich Fragen der Nachhaltigkeit wie ein roter Faden durch die zahlreichen internationalen Veranstaltungen anlässlich des zweiten [Weltstatistiktages der Vereinten Nationen](#) 20. Oktober unter dem Motto „Better Data, Better Lives“.



Auch Vertreter des Statistischen Bundesamtes nahmen an ausgewählten Veranstaltungen zum Weltstatistiktag teil und präsentierten in diesem Zusammenhang sowohl das Amt als auch fachliche Positionen des Hauses in einem internationalen Umfeld.



Präsident Dieter Sarreither nahm im Kreis der Leitungen anderer Statistikämter der EU an einer internationalen Konferenz des ungarischen Statistikamtes in Budapest teil. Die Konferenz fand unter dem Titel „Amtliche Statistiken: Neue Möglichkeiten zur Transformation – Innovation und Kooperation“ statt. Im Rahmen einer Gesprächsrunde zum Thema Nachhaltigkeit von Statistiken diskutierte Dieter Sarreither mit seinen Statistikkollegen und -kolleginnen über die [Sustainable Development Goals \(SDGs\)](#) der Vereinten Nationen. Er ging dabei auch auf Erkenntnisse aus der [Reputationsanalyse](#) des Statistischen Bundesamtes ein.

Auch der Beitrag von Sibylle von Oppeln-Bronikowski stand im Zeichen nachhaltiger Entwicklung. Die Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“ nahm an einer internationalen Konferenz des palästinensischen Statistikamtes in Ramallah teil. Sie präsentierte [aktuelle Beispiele der Datenvisualisierung](#) des Statistischen Bundesamtes und ging auf relevante Kernkompetenzen statistischer Ämter ein. In diesem Zusammenhang hob sie insbesondere die Bedeutung einer nachhaltigen Förderung und Entwicklung fachlicher Kompetenzen und Kenntnisse im Bereich der Datenvisualisierung in nationalen statistischen Ämtern hervor.

Der Einladung der Europäischen Zentralbank (EZB) zu der Veranstaltung „Europäische Statistiken der EZB“ folgten Bernd Störtzbach, Leiter der Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation“, und Albert Braakmann, Leiter der Gruppe D 2 „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“. Der Generaldirektor der Statistikabteilung der EZB, Aurel Schubert, betonte in seinem [Eingangsvortrag](#) die Bedeutung der Statistiken für die europäische Geldpolitik. In der Konferenz wurden sowohl Herausforderungen durch die Finanzkrise beleuchtet als auch praktische Fragen, wie die Verbreitung statistischer Ergebnisse. Die erwähnte Botschaft von Stefan Schweinfest erreichte auch diese Veranstaltung in Frankfurt am Main. In seiner aus New York gesendeten Videoansprache bekräftigte der UN-Statistikdirektor die Bedeutung nachhaltiger Statistiken im Zusammenhang mit der Messung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Vereinten Nationen.



Statistisches Bundesamt berät das BVL im Expertenbeirat „Lebensmittelbetrug“



Der Expertenbeirat „Lebensmittelbetrug“ bei seiner konstituierenden Sitzung. Hinten Mitte: Dr. Matthias Walther vom Statistischen Bundesamt.

Im neuen Expertenbeirat „Lebensmittelbetrug“, der das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) unterstützen soll, ist auch das Statistische Bundesamt vertreten. Dr. Matthias Walther (Leiter des Referats G 104 „Viehbestand, tierische Erzeugung, Fischerei“) ist in den Beirat berufen worden, der sich am 27. Oktober im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) konstituiert hat.

Im Beirat werden Fachleute aus verschiedenen Behörden, Verbänden und Einrichtungen, die mit der Sicherheit und Überwachung von Lebensmitteln befasst sind, interdisziplinär zusammenarbeiten. Darüber hinaus wirken auch Experten der EU-Kommission, des Zoll- und des Bundeskriminalamtes sowie zweier Staatsanwaltschaften bei der Entwicklung eines nationalen Systems zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug mit. Zusätzlich sollen Fragen zur Verbesserung der Rechtsgrundlagen für eine effektivere Bekämpfung des Lebensmittelbetrugs, die Ausrichtung der Mitarbeit in europäischen Gremien und Verbesserungen in der Art und Weise der Lebensmittelkontrollen beraten werden. Beim letzten Punkt könnte die Expertise des Statistischen Bundesamtes helfen, Stichprobenkontrollen bei Produzenten oder Händlern von Lebensmitteln so durchzuführen, dass die Effizienz der Kontrollen und damit die Trefferwahrscheinlichkeit steigt. Dazu werden Erkenntnisse aus verschiedenen Statistikbereichen nötig sein, die bei Dr. Walther zusammenfließen sollen.

Der Expertenbeirat „Lebensmittelbetrug“ ist beim BVL angesiedelt. Das BVL ist als nationale Kontaktstelle für Lebensmittelbetrug in das europäische „Food-Fraud-Netzwerk“ eingebunden. Das Netzwerk wurde 2013 anlässlich des „Pferdefleischskandals“ von der EU-Kommission gegründet und dient den EU-Mitgliedstaaten zum Austausch über die Bekämpfung von Lebensmittelbetrug.

Statistisches Jahrbuch 2015 erschienen



© Statistisches Bundesamt

Am 28. Oktober stellte Präsident Sarreither in Berlin das Statistische Jahrbuch 2015 vor. Seine Daten zeigen unter anderem, wie mobil Deutschland ist– zum Beispiel bei Bildung, Verkehr und Digitalisierung.

Im Jahr 2014 hatten rund 44 % der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien Eltern mit einem akademischen Abschluss, aber nur etwa 6 % Eltern

ohne beruflichen Bildungsabschluss. Bei Kindern an anderen Schulformen dominierten hingegen Eltern, die eine Lehre oder Berufsausbildung im dualen System absolviert hatten. Auf der Pressekonferenz am 28. Oktober „So mobil ist Deutschland“ zog Sarreither deshalb folgendes Fazit zur Bildungsmobilität in Deutschland: „Die Bildungswege vieler Kinder sind durch den beruflichen Bildungsabschluss ihrer Eltern vorgezeichnet.“

Anhand des Statistischen Jahrbuchs 2015 stellte Dieter Sarreither weitere Zahlen und Fakten zur räumlichen und digitalen Mobilität in Deutschland vor:

- Auf öffentliche Verkehrsmittel entfiel 2013 etwa jede fünfte Fahrt im Personenverkehr.
- Private Haushalte in Deutschland besaßen 2014 häufiger ein Fahrrad (81 %) als ein Auto (77 %).
- Die meisten Verkehrstoten (1 932 Personen) gab es 2014 bei Unfällen auf Landstraßen.
- 66 % der Berufspendler und -pendlerinnen fuhren im Jahr 2012 mit dem Auto zur Arbeit, wohingegen nur 14 % mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und 9 % mit dem Fahrrad unterwegs waren.
- Mehr als 1 Million Menschen zogen 2013 in ein anderes Bundesland. Im selben Jahr wanderten aus Deutschland mehr ausländische (657 600) als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (140 300) aus.
- Jedes fünfte Paar mit Kindern in Deutschland konnte sich 2013 aus finanziellen Gründen keine einwöchige Ferienreise leisten.
- Der Anteil der mobilen unter allen Internetnutzerinnen und -nutzern im Jahr 2014 betrug 63 %. Am häufigsten wurden dafür Handy oder Smartphone verwendet (55 %), deutlich weniger häufig Laptop, Netbook oder Tablet (34 %).

Das Statistische Jahrbuch 2015 enthält nationale Daten zu 27 Themen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt sowie einen Anhang mit internationalen Vergleichsdaten. Am Ende der Kapitel finden sich Hinweise auf entsprechende Tabellen in der Datenbank GENESIS-Online. Die Daten zu den einzelnen Themen werden ergänzt durch methodische Informationen, Glossar und Hinweise auf weitere Veröffentlichungen.

Das Jahrbuch steht kostenlos zum [Download](#) zur Verfügung, Druckexemplare können zum Stückpreis von 71 Euro im Buchhandel erworben oder unter bestellt werden unter www.destatis.de/jahrbuch (Bestellnummer: 1010110-15700-1, ISBN: 978-3-8246-1037-2).



Qualität der Arbeit - Geld verdienen und was sonst noch zählt

Mit der Qualität der Arbeit befasst sich eine neue Broschüre, die inhaltlich im Referat F 206 „Arbeitsmarktberichterstattung und Analyse aus Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung“ des Statistischen Bundesamtes betreut wurde.

Die Broschüre betrachtet „Qualität der Arbeit“ unter sieben Aspekten:

- Arbeitsicherheit und Gleichstellung
- Einkommen und direkte Arbeitgeberleistungen
- Arbeitszeit, Ausgleich von Beruf und Privatleben
- Beschäftigungssicherheit und Sozialleistungen
- Arbeitsbeziehungen
- Qualifikation und Weiterbildung
- Zusammenarbeit und Motivation



Die Arbeit spielt im Leben der meisten Menschen nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts eine zentrale Rolle. Am Arbeitsplatz werden viele Stunden des Tages verbracht – oft mehr Zeit, als für Familie, Freunde und Freizeit zur Verfügung steht. Ein „guter Job“ ist deshalb für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung für Zufriedenheit und Lebensqualität. In der Broschüre werden sieben Dimensionen unterschieden, um die qualitativen Aspekte der Arbeit abzubilden.

Leistungsfähige und innovative Unternehmen sind auf motivierte und zufriedene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen angewiesen. Neben den bekannten Indikatoren zum Arbeitsmarkt sind deshalb immer häufiger Daten zur Qualität der Arbeit aus Sicht der Berufstätigen gefragt – nicht zuletzt wegen der wachsenden Vielfalt an Beschäftigungsformen.

Viele Aspekte machen die Qualität der Arbeit aus: Bestehen am Arbeitsplatz gesundheitliche Beeinträchtigungen? Ermöglicht die Arbeit ein ausgewogenes Verhältnis von beruflichen und privaten Aktivitäten? Können die Beschäftigten mit den sich ändernden Qualifikationsanforderungen Schritt halten? Sind sie Diskriminierung oder Belästigungen ausgesetzt? Diese Fragen zeigen, wie vielfältig die Anforderungen aus Sicht der Erwerbstätigen an eine „gute Arbeit“ sind.

Die Broschüre steht als kostenfreier Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zur Verfügung.



73. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik

Am 2. September verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf zur Änderung des Hochschulstatistikgesetzes (HStatG). Die Novellierung des HStatG war auch zentrales Thema der 73. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik am 5. November in Wiesbaden. Das neue HStatG soll empirisch valide Datengrundlagen bereitstellen, die den Veränderungen der Hochschullandschaft in den letzten Jahren und den Lieferverpflichtungen an Eurostat Rechnung tragen.

Deshalb soll die Hochschulstatistik im Wesentlichen um folgende Aufgaben ergänzt werden:

- Einführung einer Studienverlaufsstatistik
- Erweiterung des Merkmalskatalogs zur Studierenden- und Prüfungsstatistik sowie zur Personalstatistik
- Einführung von Statistiken der Berufsakademien und der Promovierenden
- Schaffung einer rechtlichen Grundlage für eine zentrale Auswertungsdatenbank

Entsprechend der Übergangsvorschrift im Gesetzentwurf sollen die Erhebungen zu Studierenden und Prüfungen mit dem neuen Merkmalskatalog erstmals im Wintersemester 2016/2017 durchgeführt werden. Die Erhebung zum Personal mit dem neuen Merkmalskatalog erfolgt erstmals für das Berichtsjahr 2016. Die Erhebungen zu den Hochschulräten, zu den Promovierenden und zu den Berufsakademien soll erstmals für das Berichtsjahr 2017 durchgeführt werden.

Der Ausschuss für die Hochschulstatistik hat die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gebeten, die erforderlichen Maßnahmen zur Implementierung der Novellierung des HStatG zügig durchzuführen. Des Weiteren hat der Ausschuss für die Hochschulstatistik beschlossen, die obersten Landesbehörden darum zu bitten, dass sie überprüfen, ob für die Umsetzung des novellierten HStatG eine Anpassung der jeweiligen landesrechtlichen Regelungen erforderlich ist. Außerdem beauftragte der Ausschuss für die Hochschulstatistik die Programmarbeitsgruppe des Ausschusses, den Umsetzungsprozess des neuen HStatG zu begleiten.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss für die Hochschulstatistik in seiner Sitzung mit seinem 16. Bericht an Bundestag und Bundesrat, der Messung der Credit Mobility im Rahmen des neuen HStatG, einem Verfahren zur regelmäßige Revision der Fächersystematiken und den Wiederholungsbefragungen zu den Promovierenden in Deutschland.



Siebter Kulturfinanzbericht liegt vor



Mit dem aktuellen Band veröffentlichen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder den Kulturfinanzbericht zum siebten Mal. Die Gemeinschaftspublikation wird alle zwei Jahre veröffentlicht. Diese Ausgabe gewährt einen breiten Überblick über die öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland und bietet eine objektive Datengrundlage für Parlamente, Regierungen, Kulturinstitutionen, Kultusverwaltungen und die interessierte Öffentlichkeit.

Inhaltlich werden Höhe, Entwicklung und Struktur der öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche nachgewiesen (1995–2014). Um vergleichende Analysen zu erleichtern, erscheinen im Kulturfinanzbericht auch finanzstatistische Kennzahlen: Ausgaben je Einwohner, Anteil am Bruttoinlandsprodukt sowie am Gesamtetat der öffentlichen Hand. Die

Kulturausgaben werden nach Körperschaftsgruppen (Bund, Länder, Gemeinden und Zweckverbände) sowie nach Kultursparten (Theater, Bibliotheken, Museen, Denkmalschutz, Kunsthochschulen, Kultur im Ausland, sonstige Kulturpflege und Verwaltung) gegliedert. Weiterhin enthält der Bericht auch einen Überblick über die Kulturausgaben der privaten Haushalte.

Zusammen mit ergänzendem Datenmaterial steht der Kulturfinanzbericht 2014 als kostenfreier Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zur Verfügung. Außerdem kann er in gedruckter Form über das Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) oder über den Buchhandel (ISBN: 978-3-8246-1025-9) zum Preis von 21,00 Euro bezogen werden.

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Zum zehnten Mal in Folge publizieren die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Die Veröffentlichung ist eine Ergänzung der OECD-Publikation „Education at a Glance“ („Bildung auf einen Blick“), die seit 1992 indikatorbasierte Informationen über die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme der OECD-Staaten und ihrer Partnerländer fortschreibend darstellt.

Da Bildung in Deutschland überwiegend Ländersache ist, besteht ein breites Interesse, die OECD-Indikatoren für die Bundesländer auszuweisen. Aufbauend auf der OECD-Veröffentlichung enthält die vorliegende Ausgabe – wie ihre Vorgänger – vielfältige Informationen zum Bildungssystem in Deutschland und in den einzelnen Ländern. Neben der Darstellung der Position Deutschlands im Vergleich mit dem OECD-Durchschnitt sowie einer umfassenden Beschreibung und Analyse der einzelnen Indikatoren auf der Bundes- und Landesebene werden wichtige Hinweise zur Konzeption und zur Berechnungsmethode des jeweiligen Indikators gegeben.

Die diesjährige Ausgabe der „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ stellte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Statistischen Bundesamt und die Mitglieder des Arbeitskreises „Bildungsberichterstattung“ eine besondere Herausforderung dar. Sämtliche Indikatoren wurden erstmals in der Gliederung nach der neuen internationalen Standard-Klassifikation des Bildungswesens (ISCED 2011) berechnet.



Dies brachte zahlreiche Neuerungen in den Tabellen durch die Veränderungen in der Klassifikation vor allem für den Tertiärbereich mit sich. Aufgrund des hohen Umstellungsaufwands in der Berechnungsmethodik und den Schwierigkeiten bei der Analyse der Werte wurde die Zahl der zu publizierenden Indikatoren in diesem Pilotjahr reduziert und sich auf die sogenannten Kernindikatoren konzentriert.

Diese Ergebnisse sowie eine Reihe von Indikatoren zu den Themen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung, Bildungsverlauf und Bildungsausgaben sowie zum Bildungsstand der Erwachsenen enthält die Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“, die unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung steht.

134 500 Deutsche studierten 2013 im Ausland



Im Jahr 2013 waren 134 500 deutsche Studentinnen und Studenten an ausländischen Hochschulen eingeschrieben – 4 400 oder 3,2 % weniger als im Jahr 2012. In den letzten zehn Jahren zog es immer mehr deutsche Studierende ins Ausland: Im Jahr 2003 kamen auf 1 000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen 37 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland; 2013 waren es 1 000 zu 58.

Die beliebtesten Zielländer waren 2013 wie im Jahr zuvor Österreich (mit einem Anteil von 19,7 %), die Niederlande (17,2 %), das Vereinigte Königreich (11,7 %) und die Schweiz (11,0 %). Damit studierten in diesen vier Ländern knapp 60 % der im Ausland

immatrikulierten Deutschen.

Die Verteilung der deutschen Studierenden im Ausland nach Fächergruppen unterscheidet sich in den Zielländern erheblich. So waren im Jahr 2013 zum Beispiel in Ungarn zwei Drittel und in der Tschechischen Republik mehr als die Hälfte aller deutschen Studierenden in der Fächergruppe „Humanmedizin/Gesundheitswesen“ eingeschrieben. In Australien waren 51 % aller deutschen Studierenden in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ immatrikuliert, während in Frankreich 49 % „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ studierten. Die Anteile haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert.

Die Zahlen über deutsche Studienanfänger/-innen im Ausland zeigen folgendes Bild: Im Jahr 2013 immatrikulierten sich beispielsweise 7 074 deutsche Erstsemester an Hochschulen in Österreich und 6 117 in den Niederlanden.

Die deutschen Hochschulen sind ebenfalls attraktiv für ausländische Studierende. Im Wintersemester 2014/2015 waren an deutschen Hochschulen 236 000 ausländische Studierende eingeschrieben, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten. Zehn Jahre zuvor (Wintersemester 2004/2005) waren es mit 187 000 ausländischen Studierenden noch deutlich weniger gewesen.

Weitere Ergebnisse enthält die Broschüre „[Deutsche Studierende im Ausland – Statistischer Überblick 2003–2013](#)“. Die Daten stammen aus einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den für Bildungsstatistik zuständigen Institutionen der Zielländer sowie von Eurostat und der UNESCO.



Dritte Bestandsaufnahme der „Gesundheit in Deutschland“

Am Bericht „Gesundheit in Deutschland“, den der Bundesminister für Gesundheit am 3. Dezember vorstellte, hat das Statistische Bundesamt wesentlich mitgewirkt.

Das über 500 Seiten umfassende Werk ist nach 1998 und 2006 die dritte Bestandsaufnahme von Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten und Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Deutschland.

Er ist Teil der vom Robert Koch-Institut und von Destatis gemeinsam getragenen Gesundheitsberichterstattung des Bundes und über das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (www.gbe-bund.de) abrufbar.

Ein wesentlicher Befund des Berichts: Gesundheit und Versorgung in Deutschland werden derzeit von zwei großen Entwicklungen bestimmt: dem demografischen Wandel und dem starken Einfluss der sozialen Lage auf die Gesundheit. Laut Bericht schätzen insgesamt etwa drei Viertel der Frauen und Männer ihren Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“ ein. In der Tendenz zeigt sich damit seit dem ersten Gesundheitsbericht 1998 eine Verbesserung der subjektiven Gesundheit, insbesondere auch in den höheren Altersgruppen.

Die Gruppe H 1 „Gesundheit“ des Statistischen Bundesamtes hat an der Erstellung von Beiträgen mitgewirkt und Daten insbesondere aus den Gesundheits-, Sozial- und Bevölkerungsstatistiken geprüft. Zu bestimmten Fragen erstellte das Statistische Bundesamt Sonderauswertungen. Moritz Mannschreck, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gruppe H 1, ist Mitautor des Kapitels 06 „Wie viel geben wir für unsere Gesundheit aus?“ und war bei der Pressekonferenz in Berlin zugegen.

Die zahlreichen amtlichen Statistiken werden ergänzt durch Daten aus dem Gesundheitsmonitoring des Robert Koch-Instituts, das Untersuchungs- und Befragungssurveys für alle Altersgruppen umfasst. Durch die Erhebung von Gesundheitsdaten zusammen mit sozialen und demografischen Angaben, Risiko- und Schutzfaktoren ergeben sich breite Auswertungsmöglichkeiten.





Leistungsstarke Autos bremsen Erfolge beim Umweltschutz



STATmagazin

In der Diskussion um manipulierte Abgaswerte in der Autoindustrie lohnt sich auch ein Blick auf die ökologische Bilanz der Pkw-Nutzung der privaten Haushalte.

Bei diesen Pkw sind seit dem Jahr 2010 weder der Kraftstoffverbrauch noch die CO₂-Emissionen gesunken. Ein Grund dafür ist, dass die Anzahl leistungsstarker, dieselbetriebener Fahrzeuge deutlich zugenommen hat.

Der Bestand an Diesel-Pkw ist zwischen 2005 und 2013 um gut 48 % auf 10,5 Millionen Fahrzeuge gestiegen. Der Zuwachs erfolgte überwiegend bei Pkw mit einer Motorleistung von mehr als 100 kW. Diese machten 2013 fast die Hälfte (48 %) aller Dieselfahrzeuge aus. 2005 hatte der Anteil erst bei knapp 19 % gelegen.

Weitere Informationen zum Thema „Leistungsstarke Autos bremsen Erfolge beim Umweltschutz“ finden Sie im aktuellen [STATmagazin](#) (unter www.destatis.de > Startseite > Publikationen > STATmagazin).



Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“

Am 22. September tagte im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes der Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“, um sich über die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich der Unternehmensstatistik zu informieren.

Im ersten Tagesordnungspunkt informierte das Statistische Bundesamt über den aktuellen Stand des EU-Gesetzesvorhabens „Framework Regulation Integrating Business Statistics (FRIBS)“ und seine voraussichtlichen Auswirkungen auf die Unternehmensstatistiken in Deutschland. Während über die Details bei der Ausgestaltung der neuen Rechtsarchitektur bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte, stehen die inhaltlichen Anpassungen, die im Zuge von FRIBS umgesetzt werden sollen, weitgehend fest. Diskutiert wird derzeit noch, ob die strukturelle Unternehmensstatistik insbesondere in den neu eingeführten Abschnitten nur die Marktproduzenten nachweisen soll oder alle wirtschaftlich aktiven Einheiten.

Der Zeitplan sieht vor, dass der Kommissionsentwurf für FRIBS zu Beginn des Jahres 2017 auf den Weg gebracht werden soll. Es ist davon auszugehen, dass das Rahmengesetz einschließlich der zugehörigen sekundären Gesetzgebung (bestehend aus „delegierten Rechtsakten“ und „Durchführungsrechtsakten“) noch im Jahr 2018 verabschiedet wird und danach unmittelbar in Kraft treten kann.

Weiterhin präsentierte das Statistische Bundesamt den aktuellen Stand der europäischen Diskussion zu den Statistischen Einheiten, insbesondere in Bezug auf den Unternehmensbegriff in den Unternehmensstatistiken. Statt einer ursprünglich vorgesehenen Überarbeitung des Unternehmensbegriffs im Rahmen von FRIBS wurde das Thema von FRIBS entkoppelt und die bisher geltende Einheitenverordnung Nr. 696/93 in Kraft belassen. Eurostat drängt mit Nachdruck auf die korrekte und vollständige Anwendung der europäischen Unternehmensdefinition. Von Seiten des Statistischen Bundesamtes wurde darauf hingewiesen, dass für die große Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, die nationale Unternehmensdefinition von der europäischen Definition abweicht. Die Ursache hierfür liegt in der Schwierigkeit der Identifikation der nach europäischer Definition abgegrenzten Unternehmen und in der Gewinnung von statistischen Daten über diese Einheiten. Zu diesem Zweck wurde auf europäischer Ebene die Methode des Profiling entwickelt. Derzeit erarbeiten die Statistischen Ämter von Bund und Ländern einen Arbeits- und Zeitplan für die Implementierung des EU-Unternehmensbegriffs. Das Statistische Bundesamt erläuterte ferner, dass insbesondere hinsichtlich der Gestaltung der Erhebungsprozesse in den Statistiken noch viele Fragen offen sind. Es soll deshalb auch künftig im Fachausschuss über den aktuellen Stand der Entwicklung berichtet werden.

Außerdem wurde über den Verhandlungsstand zu PRODCOM berichtet. Auch hier sind noch Fragen offen. Sie betreffen die statistische Einheit, die Variablen, den Abdeckungsgrad und Qualitätsaspekte sowie den Detaillierungsgrad.

Im zweiten Tagesordnungspunkt erläuterte das Statistische Bundesamt die Rahmenbedingungen, Ziele und Vorgehensweise der Verwaltungsdatennutzung im Ausbau- und Bauhauptgewerbe. Mit der Nutzung von Verwaltungsdaten werden die Ergebnisse zu Umsatz und Beschäftigung aus der Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe und des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe um entsprechende Informationen für die „kleinen“ Betriebe mit weniger als 20 tätigen Personen ergänzt (bei beiden Primärerhebungen werden ausschließlich Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen befragt). Die Anwendung dieses Mixmodells ermöglicht eine vollständige Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Ausbau- und im Bauhauptgewerbe. Die Ergebnisse des Mixmodells erfüllen zudem die Vorgaben der EU-Konjunkturstatistikverordnung und



entsprechen den Zielen der Reform der Unternehmensstatistik nach Vollständigkeit sowie erhöhter Aussagekraft und Ergebnisqualität.

Ab Januar 2014 wurde der Merkmalskatalog des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe um den Auftragsbestand erweitert. Das Statistische Bundesamt präsentierte die Ergebnisse einer Auswertung der Einzeldaten des Auftragsbestands für den Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2014 und erläuterte das Veröffentlichungskonzept. Ziel ist die Veröffentlichung eines Auftragsbestandsindex, welcher grundsätzlich nach gleicher Methodik und Gliederung wie der Auftragseingangindex entwickelt werden soll. Der Auftragsbestandsindex kann erst mit Umstellung auf das Basisjahr 2015 berechnet werden, also frühestens ab Mitte 2017. Um kurzfristig mit der Veröffentlichung von Ergebnissen beginnen zu können, werden in der Übergangszeit Veränderungsraten für den Auftragsbestand gegenüber dem Vorjahresmonat veröffentlicht.

Des Weiteren berichtete das Statistische Bundesamt über den Sachstand der Novellierung des Energiestatistikgesetzes (EnStatG). Ein wichtiger Bereich der Energiestatistik ist die Bereitstellung von physischen Daten in den Energiesektoren Elektrizität, Gas, Wärme und Kohle. Zu den Hauptanwendungszwecken dieses Statistikbereichs gehört neben der Erstellung von Bundes- und Länderenergiebilanzen auch die Erfüllung internationaler Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Union und der Internationalen Energieagentur. Ferner fließen die Ergebnisse in den Monitoringbericht der Bundesregierung zur Energiewende sowie in die Klimaschutzberichterstattung ein.

Wegen der gesetzlich angeordneten Liberalisierung der Energiemärkte sowie der zunehmenden Bedeutung der erneuerbaren Energien, reicht das geltende EnStatG nicht mehr aus, um die benötigten Daten bereitzustellen, weshalb eine Novellierung des EnStatG notwendig ist. Die zur Verbesserung des Datenangebots vorgeschlagenen Gesetzesänderungen lassen sich in statistikübergreifende, statistikspezifische und statistikbegleitende Maßnahmen unterteilen. Zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Belastung bei den Auskunftspflichtigen sieht das Gesetz eine stärkere Nutzung von Verwaltungsdaten vor. Das Inkrafttreten des EnStatG ist für April 2016 geplant. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßte die vorgestellten Gesetzesänderungen und das damit verbundene Schließen der bestehenden Datenlücken und unterstützt ausdrücklich die in der Novelle des EnStatG verankerte Nutzung von Verwaltungsdaten.

Das Statistische Bundesamt unterrichtete den Fachausschuss darüber, dass in den zentralen Strukturhebungen des Produzierenden Gewerbes die Onlineverpflichtung im Jahr 2014 vollständig umgesetzt wurde. Nur in Ausnahmefällen (Härtefälle) wurden bei kleinen Unternehmen Papiermeldungen zugelassen.

Im letzten Tagungsordnungspunkt wurden die Ergebnisse einer Analyse über die Reputation des Statistischen Bundesamtes vorgestellt. Zur Verbesserung von Vertrauen und Reputation für die Zielgruppe der auskunftgebenden Unternehmen stellte das Statistische Bundesamt die Resultate interner Überlegungen vor, welche Möglichkeiten denkbar sind. Grundlage der möglichen Maßnahmen waren zum einen interne Befragungen und zum anderen Studien zu Unternehmensbefragungen. Das Statistische Bundesamt sagte zu, über die weiteren Planungen zu informieren und die Thematik mit interessierten Verbänden zu diskutieren.



Deutscher Ansatz zur Erfassung des „intermodalen Verkehrs“ als Vorbild für die Praxis der europäischen Statistik

Ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik ist es, möglichst hohe Anteile des wachsenden Güterverkehrs von der Straße auf die als umweltfreundlicher betrachteten Verkehrsträger Eisenbahn und Schiff zu verlagern. Ein wichtiges Instrument stellt dafür der intermodale Verkehr bzw. der kombinierte Verkehr dar, bei dem der längere Teil der Transportstrecke eines Ladungsträgers (z. B. Container) mit der Eisenbahn oder Schiffen durchgeführt wird, während der Vor- und Nachlauf in der Regel auf der Straße erfolgt. Über die gesamte Transportkette eines Gutes von seinem ersten Einladeort über die Umladungen auf andere Verkehrsträger bis zum Zielort liegen dabei direkte Informationen weder in amtlichen Statistiken noch aus anderen Quellen vor.

Das Statistische Bundesamt hatte daher schon 2002 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die Möglichkeiten zur Verknüpfung und Modellierung von Transportketten auf Basis der in der amtlichen Statistik vorhandenen Daten für die einzelnen Verkehrsträger und ohne zusätzliche Belastungen für die Unternehmen erfolgreich untersucht.

Mit der statistischer Erfassung des intermodalen Verkehrs beschäftigte sich die EU-Arbeitsgruppe (Task Force) „Intermodaler Verkehr“, die sich am 21./22. September in Luxemburg zu ihrer abschließenden Sitzung traf. Das Statistische Bundesamt war vertreten durch Uwe Reim, Leiter des Referats E 303, „Verkehrszweigübergreifende Aufgaben, Personenverkehr, Verkehrsunfälle“. Anwesend waren auch Vertreterinnen und Vertreter der Generaldirektion für Energie und Verkehr (DG MOVE), der European Intermodal Association, von fünf Mitgliedstaaten sowie von Forschungseinrichtungen.

Der deutsche Ansatz – auf EU-Ebene als „German approach“ bezeichnet – wird als „best practise“ betrachtet und soll daher die Basis für die mittelfristige Weiterentwicklungen des Datenangebots zu den intermodalen Verkehrsströmen auf EU-Ebene bilden. In finanziell durch Eurostat unterstützten Pilotstudien wird die Umsetzbarkeit des deutschen Ansatzes in einzelnen Staaten geprüft. Die Niederlande und Polen stellten ihre diesbezüglichen Arbeiten vor.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der Entwurf des Endberichts. Dieser behandelt nach einer Zusammenfassung in sechs zum Teil umfangreichen Annexen die Themen:

- Realisierbarkeit und Status der Umsetzung des deutschen Ansatzes auf nationaler Ebene
- Realisierbarkeit der Umsetzung des deutschen Ansatzes auf EU-Ebene
- Empfehlungen für Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Statistiken des intermodalen Verkehrs auf EU-Ebene. Insbesondere im Bereich Eisenbahn kann allein auf Basis der bestehenden EU-Verordnung der deutsche Ansatz nicht umgesetzt werden. Wie in Deutschland liegen aber auch in anderen Staaten zum Teil die notwendigen Informationen vor. Anpassungen der EU-Verordnung im Bereich Eisenbahn sollen von der zuständigen EU-Arbeitsgruppe geprüft werden.
- Methodisches Handbuch für die Statistik des Intermodalen Verkehrs auf EU-Ebene
- Entwurf einer Veröffentlichung zum intermodalen Verkehr im Rahmen der Reihe „Statistics explained“
- Methodisches Handbuch zu intermodalen Transportindikatoren und Nachhaltigkeitsindikatoren



Die Diskussion zeigte, dass die im deutschen Ansatz angelegte verkehrszweigübergreifende Betrachtung mit der damit verbundenen Harmonisierung von Definitionen und Konzepten in einem verkehrsstatistischen System auch auf EU-Ebene in Zukunft stärker im Fokus stehen und die bisherige, eher auf die einzelnen Verkehrsträger konzentrierte Sicht ergänzen sollte.

Der Endbericht sowie Vorschläge zum weiteren Vorgehen wurden durch die „Koordinierungsgruppe für die Verkehrsstatistik“ (CGST) am 10. und 11. Dezember angenommen.

Großes Interesse der EU-Kommission an Datenbank „CARE“ über Verkehrsunfälle

CARE (Community database on Accidents on the Roads in Europe) ist die gemeinschaftliche Datenbank über Straßenverkehrsunfälle in der EU und damit Informationsgrundlage für das EU-Programm zur Verkehrssicherheit. Aufbau, Inhalt und Pflege der Datenbank werden von der „CARE Expert Group“ begleitet, die sich am 8. Oktober in Brüssel getroffen hat. Das Statistische Bundesamt war vertreten durch Mirjam Bick, Referentin im Referat E 303, „Verkehrszweigübergreifende Aufgaben, Personenverkehr, Verkehrsunfälle“.

Die Expert Group sprach über den aktuellen Befüllungsstand der Auswertungsdatenbank CADaS (CARE Accident Data Set) und über Erweiterungen zur Nutzung der Datenbank. Die EU-Kommission hat großes Interesse an den CADaS Daten. Hintergrund ist das langfristige Ziel der EU, die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2020 gegenüber 2010 zu halbieren. Zwischen 2004 und 2012 ist die Zahl der auf Europas Straßen Getöteten deutlich, aber 2013 und 2014 nur leicht gesunken. 2015 wird sie voraussichtlich steigen. Aus Sicht der Mitgliedstaaten ist dies insbesondere auf den steigenden Kraftfahrzeugbestand in Süd- und Osteuropa sowie die Ablenkung der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer durch Handynutzung zurückzuführen. Das Statistische Bundesamt legte dar, dass laut Polizei in Deutschland die Erhebung der Unfallursache „Handynutzung“ im Rahmen der Verkehrsunfallstatistik nicht praktikabel ist.

Für CADaS sind die nationalen Einzeldaten auf vorgegebene EU-Variablen zu transformieren. 15 Mitgliedstaaten liefern mittlerweile diese CADaS-Variablen. Deutschland hat im Dezember 2013 erstmals Daten für 2011 und 2012 zur Verfügung gestellt. Im September 2015 wurden die Daten für 2014 übermittelt. Als neue Variablen wurden in die Auswertungsdatenbank die Zahl der an Unfällen beteiligten Fahrzeuge (ohne Fußgänger) sowie die Zahl der Verletzten und die der Verunglückten insgesamt aufgenommen.

Die EU bat die Care Expert Group um monatliche Daten zur Anzahl der Verkehrsunfälle und Verunglückten (Veränderungsraten zum Vorjahresmonat). Das Statistische Bundesamt hat Lieferungen zeitgleich zur monatlichen Pressemitteilung zugesagt.

Zudem berichteten die Mitglieder über den Arbeitsstand bei der Ermittlung von Daten zu „Schwerstverletzten“ nach dem Code MAIS (Maximum Abbreviated Injury Scale). Die EU bemüht sich, zu einer einheitlichen Definition von Schwerstverletzten auf Grundlage des MAIS-Code zu gelangen. Eine Verknüpfung der Daten der Verkehrsunfallstatistik mit den Diagnoseschlüsseln für die einzelnen Unfallopfer ist in Deutschland nicht möglich. Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) arbeitet daher an einem Modell, um die Anzahl der Schwerstverletzten zu schätzen.



Resümee des EU-Projekts „SIMSTAT“ zur Modernisierung der EU-Außenhandelsstatistik

Ein von Frankreich koordiniertes Gemeinschaftsprojekt zur Modernisierung der EU-Außenhandelsstatistik, „SIMSTAT ESSNet 2“, wurde am 25./26. November mit einem letzten Treffen der 20 beteiligten Mitgliedstaaten in Piräus abgeschlossen. Die Grundidee von SIMSTAT („Single Market Statistics“) ist das „Einstromverfahren“: Den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu eröffnen, auf die Erhebung ihrer Wareneingänge in der Intrahandelsstatistik (Intrastat) ganz oder teilweise zu verzichten und stattdessen auf die spiegelbildlichen Versendungsdaten der Partnerländer zurückzugreifen. Das soll Doppelerhebungen vermeiden und Unternehmen entlasten.

Hierzu wurden über sechs Monate die Versendungs(Export-)daten der beteiligten Mitgliedstaaten über einen zentralen „Hub“ bei Eurostat ausgetauscht. Zum einen sollte dadurch die technische Machbarkeit eines derart umfangreichen Datenaustauschs in der EU erprobt werden, zum anderen stand die Prüfung der empfangenen Partnerdaten auf ihre Verwendbarkeit zur Erstellung der eigenen Einfuhrwerte im Vordergrund.

Bei dem SIMSTAT-Abschlusstreffen in Piräus stellten alle beteiligten Länder ihre Ergebnisse und Schlussfolgerungen dar. Die wichtigsten Ergebnisse:

Ein Austausch statistischer Mikrodaten innerhalb des europäischen statistischen Systems (ESS) in einer geschützten Umgebung („CCN-Network“) ist technisch möglich, wenngleich für einen Echtbetrieb noch etliche Funktionalitäten und Prozesse zu verbessern wären, wie etwa die stärkere Automatisierung des Daten-Downloads.

Hinsichtlich der statistischen Verwendbarkeit der ausgetauschten Partnerdaten waren die Erkenntnisse von Land zu Land unterschiedlich, jedoch gilt für alle Mitgliedstaaten: Eine Gegenüberstellung der eigenen Daten mit den Partnerdaten („Matching“) auf Melderebene funktioniert nur zufriedenstellend, wenn in den Partnerdaten die Ident.-Nr. des Warenempfängers im Bestimmungsland enthalten ist. Das ist derzeit vor allem bei Frankreich und Italien der Fall. Die für die anderen Länder durchgeführte Simulation der Partner-ID mit Hilfe von Steuerangaben brachte überwiegend nur unzureichende Ergebnisse. Bei einem eventuellen SIMSTAT-Echtbetrieb wäre also die Erhebung der Ident.-Nr. unabdingbare Voraussetzung. Unter anderem wegen der schwierigen Zuordnung der Partnerdaten sind die Ergebnisse des SIMSTAT-Projekts aus deutscher Sicht weniger erfolversprechend als in anderen Ländern.

Bei den aggregierten Daten halten sich die Abweichungen zwischen beiden Datenquellen in Grenzen. Die Verwendung von erhobenen Partnerdaten zur Erstellung der eigenen Einfuhren ermöglicht in der Regel sogar einen höheren Erfassungsgrad (coverage), da bei den Versendungen ein geringerer Anteil des Handels aus Entlastungsgründen von einer Meldung befreit ist.

Im Detail ergeben sich aber beim Datenvergleich auf Warenebene umso größere Abweichungen. Dies zeigt sich auch bei der Gegenüberstellung der Warenbewegungen einzelner Melder. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die bekannten „Asymmetrien“.

Zur Vermeidung der Asymmetrien und damit von deutlichen Brüchen in den Zeitreihen der Ergebnisse bei einer möglichen Systemumstellung auf SIMSTAT wäre eine Klärung von methodischen Fragen und eine weitere Harmonisierung der Datenerfassung in der EU unbedingt erforderlich.



Alle Länder befürworten eine mehrjährige Übergangsphase, sollte SIMSTAT eingeführt werden, um die erwähnten technischen und statistisch-methodischen Anpassungen vorzubereiten. Wünschenswert wäre auch die Einführung eines EU-weiten Registers von Außenhandelsunternehmen.

Das Modell SIMSTAT steht allerdings in Konkurrenz zu weiteren Optionen, unter anderem dem reinen „Einstrom-Verfahren“ sowie einem von Deutschland und Dänemark gemeinsam vorgeschlagenen „Mixed Model“, das ebenfalls auf die Verwendung von spiegelbildlichen Partnerdaten setzt, jedoch auf bereits veröffentlichte Daten, und deshalb ohne einen Mikrodatenaustausch auskommt. Derzeit wird das Für und Wider aller Modellvarianten umfassend analysiert und dabei vor allem auch das jeweilige Entlastungspotential in Bezug auf die meldenden Unternehmen genau untersucht. Bis April 2016 werden dann alle Erkenntnisse in diversen Gremien auf EU-Ebene eingehend beraten werden. Noch unklar ist jedoch, ob der Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) wie vorgesehen in seiner Sitzung im Mai 2016 über die Einführung eines bestimmten Systems abstimmen wird.

Neues Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Am 30. Oktober 2015 ist die Kombinierte Nomenklatur (KN) 2016 im Amtsblatt der EU erschienen. Wie jedes Jahr wurde basierend auf der KN-Verordnung ein neues „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ erstellt. Das Warenverzeichnis ist mit mehr



WARENVERZEICHNIS FÜR DIE AUSSENHANDELSSTATISTIK

Allgemeines;
Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik



Ausgabe 2016

Statistisches Bundesamt

als 10 000 verkauften Exemplaren der „Verkaufsschlager“ des Statistischen Bundesamtes.

Die Ausgabe 2016 ist neu gestaltet und konnte dadurch übersichtlicher und um 80 Seiten kürzer werden. Ergänzend werden eine Übersicht über alle Änderungen (Gegenüberstellung), Umsteiger zu allen anderen Klassifikationen, in denen der Außenhandel auch veröffentlicht wird, und die Liste aller gültigen Warennummern (SOVA-Leitdatei), die die meldenden Unternehmen direkt in ihre EDV-Systeme einspielen können, zur Verfügung gestellt.

Von deutscher Seite wirken an den Anpassungen der KN an neue Erfordernisse der Wirtschaft das Bundesministerium der Finanzen (für zollrechtliche Belange) und die Außenhandelsstatistik mit.

Die KN 2016 enthält im Vergleich zur KN 2015 nur wenige neue oder geänderte Einträge. Erstmals separat nachgewiesen werden zum Beispiel sojabasierte Getränke (wegen ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung) und teilhalogenisierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW, um Daten für den europäischen Klimaschutz zu erhalten). Im Gegenzug werden viele Warennummern von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW) zusammengefasst, da hier die Klimapolitik, diese Substanzen zu vermeiden, wirksam war und die Bedeutung von FCKW zurückgegangen ist.

Neben der Buchausgabe ist das Warenverzeichnis auch als datenbankgestützte Anwendung auf [CD-ROM](#) erhältlich. Darüber hinaus stehen die [einzelnen Kapitel](#) zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Ein Druckexemplar zum Preis von 38 Euro kann über das Bestellformular www.destatis.de erworben werden (Bestell-Nr. 3200300-16700-1, ISBN: 978-3-8246-1040-2).



Die Erhebung „EU-SILC“: eine zentrale Datenquelle für die Sozialberichterstattung

Im Jahr 2014 waren in Deutschland 20,6 % der Bevölkerung – das sind 16,5 Millionen Menschen – von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Ein Jahr zuvor hatte dieser Anteil bei 20,3 % (16,2 Millionen Menschen) gelegen. Nach Ergebnissen der Erhebung LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) war der Anteil armer oder sozial ausgegrenzter Menschen in der gesamten Europäischen Union in beiden Jahren mit 24,4 % (2014) beziehungsweise 24,5 % (2013) deutlich höher als in Deutschland.

Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Lebenssituationen zutrifft: Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, die Person ist also von Armut bedroht, ihr Haushalt ist von erheblicher materieller Entbehrung betroffen oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

Danach war mit 16,7 % der Bevölkerung jede sechste Person in Deutschland im Jahr 2014 von Armut bedroht. Das entsprach rund 13,3 Millionen Menschen. Der Anteil dieser armutsgefährdeten Personen hat sich damit seit 2013 (16,1 %) erhöht. Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert der Armutsgefährdung). 2014 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 987 Euro im Monat und damit etwas höher als im Berichtsjahr 2013 (979 Euro im Monat). Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag der Schwellenwert im Berichtsjahr 2014 bei 2 072 Euro im Monat.

5 % der Bevölkerung in Deutschland waren im Jahr 2014 von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Das bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen aufgrund von fehlenden Mitteln eingeschränkt waren. Sie waren zum Beispiel nicht in der Lage, ihre Rechnungen zu bezahlen, ihre Wohnungen angemessen zu beheizen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren.

10 % der Bevölkerung unter 60 Jahren lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung. Das bedeutet, dass die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder insgesamt weniger als 20 % betrug.

Datenerhebung und Berechnung von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung

EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist die **EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen** in Europa. Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Die amtliche Erhebung, deren Durchführung und Aufbereitung den Mitgliedstaaten obliegt, wird in Deutschland seit 2005 jährlich unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA durchgeführt.

Ein Kernindikator, der aus LEBEN IN EUROPA ermittelt wird, ist die **Armutsgefährdungsquote**. Sie gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen des Vorjahres herangezogen (bei LEBEN IN EUROPA 2014 bezieht sich das Haushaltseinkommen auf das Jahr 2013). Es setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Sozialtransfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge sind abgezogen. Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushalts nach einem



Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen.

Die **Äquivalenzskala** weist jeder Person im Haushalt ein Gewicht zu. Nach der modifizierten OECD-Skala, die bei EU-SILC angewendet wird, erhält die erste erwachsene Person stets das Gewicht 1. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. So ergibt sich bei einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren beispielsweise das Gesamtgewicht 2,1. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird nun durch die Summe der Gewichte dividiert. Das so ermittelte Einkommen der Personen wird als „bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“ bezeichnet und jeder Person im Haushalt als persönliches Äquivalenzeinkommen zugeschrieben. Das Äquivalenzeinkommen ist also eine fiktive Rechengröße.

Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der **Median** (Zentralwert) verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. 60 % dieses Medianwertes stellen den **Schwellenwert für Armutsgefährdung** dar.

Im Frühjahr 2010 beschloss der Rat der Europäischen Union die Strategie **Europa 2020**. Eines der Kernziele der Europäischen Union ist dabei die Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Für die Messung wurden zusätzlich zur Armutsgefährdungsquote zwei weitere Sozialindikatoren auf der Grundlage von EU-SILC eingeführt: der Anteil der Bevölkerung **mit erheblicher materieller Entbehrung** (auch: erhebliche materielle Deprivation) und der Anteil der Personen, die in einem **Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung** (auch: Erwerbslosenhaushalt) leben.

Erhebliche materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn nach Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens vier der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

1. Finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen.
2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können.
3. Finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können.
4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können.
5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.
6. Fehlen eines Pkw im Haushalt aus finanziellen Gründen.
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen.
8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen.
9. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

Ein Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn die tatsächliche Erwerbsbeteiligung (in Monaten) der im Haushalt lebenden, erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Alter von 18 bis 59 Jahren insgesamt weniger als 20 % der potenziellen Erwerbsbeteiligung des Haushalts beträgt. Ein Beispiel: In einem Haushalt leben zwei erwerbsfähige Haushaltsmitglieder, die beide



im vorangegangenen Jahr jeweils 12 Monate gearbeitet haben (2 x 12 Erwerbsmonate). Ihre Erwerbsbeteiligung beträgt also 100 % ihrer potenziellen Erwerbsbeteiligung. Arbeitete nur eines der beiden erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder 12 Monate im vorangegangenen Jahr und das andere Haushaltsmitglied gar nicht, würde die Erwerbsbeteiligung des Haushalts insgesamt dagegen nur noch 50 % betragen. Die tatsächliche Erwerbsbeteiligung des Haushalts ist hier also nur halb so hoch wie potenziell möglich. Arbeitete diese Person dagegen nur vier Monate im vorangegangenen Jahr, würde die Erwerbsbeteiligung des Haushalts auf weniger als 20 % (20 % wären 4,8 Monate) sinken. Nach der oben genannten Definition würde für diesen Haushalt eine sehr geringe Erwerbsbeteiligung vorliegen.

Armut oder soziale Ausgrenzung ist nach der EU-Definition für EU-SILC dann gegeben, wenn eines oder mehrere der drei Kriterien „Armutsgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehnung“, „Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung“ vorliegen.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2013 liegen im [Themenbereich Lebensbedingungen, Armutsgefährdung](#) vor. Methodische Hinweise zur Erhebung sowie zur Berechnung von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung befinden sich in [den Erläuterungen zur Statistik](#).

Eurostat veröffentlicht die Ergebnisse aller an EU-SILC teilnehmenden Länder in seiner [Datenbank](#). Für weitere amtliche EU-Statistiken steht der [Europäische Datenservice \(EDS\)](#) zur Verfügung.



51. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ tagte am 4. und 5. November in Berlin.

Von zentraler Bedeutung ist sowohl für die nationale als auch für die regionale VGR die Umsetzung der Einheitenverordnung Verordnung (EG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft in der Unternehmensstatistik. Diese Thematik sowie die möglichen Auswirkungen für die VGR wurden eingehend diskutiert (vgl. den Bericht über den Fachausschuss „Produzierendes Gewerbe“ in diesem Heft).

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ besprach den Einsatz von Bevölkerungszahlen nach Zensus 2011 in den Gesamtrechnungen. Er beschloss, sowohl bei den Länder- als auch den Kreisberechnungen ab Berichtsjahr 2011 die neuen Einwohnerzahlen nach Zensus 2011 als Strukturdaten zu integrieren. Sobald zurückgerechnete Ergebnisse der Einwohnerzahlen nach Zensus 2011 seitens der Bevölkerungsstatistik vorliegen und diese in den nationalen VGR als Bezugswerte eingesetzt werden, sollten diese auch in den regionalen VGR für die Bildung der Pro-Kopf-Werte zugrunde gelegt werden. Für Eurostat wurden im Rahmen des ESVG-Lieferprogramms Ende Dezember 2015 bereits die aktuellen Einwohnerzahlen nach Zensus 2011 auf Kreisebene ab Berichtsjahr 2011 geliefert.

Die Arbeitsgruppen „Revision Kreisberechnung“ und „WZ-Kennung“ berichteten über den aktuellen Stand ihrer Arbeiten und erläuterten den aktuellen Handlungsbedarf. Die Federführung der neu gegründeten Arbeitsgruppe „Qualität“ Hessen erläuterte verschiedene Themenvorschläge und Schwerpunkte, derer sich die Arbeitsgruppe im Rahmen der Qualitätsverbesserungen der regionalen VGR annehmen sollte.

Die 52. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg ausgerichtet. Sie wird vom 27. bis 28. April 2016 in Stuttgart stattfinden.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Statistisches Bundesamt

Oberregierungsrätin Marion Kuschel, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats D 206 „Qualitätssicherung der EU-Stabilitätspaktdaten“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Oberregierungsrätin Stephanie Hirner, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats F 101 „Anschriftenregister, Referenzdatenbestand“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Oberregierungsrat Christian Meißner, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats F 304 „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Oberregierungsrat Sven Kaumanns, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats G 205 „Monetäre Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Materialflussrechnungen, Nachhaltigkeitsindikatoren“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Mit Wirkung zum 1. Dezember 2015 wurde Oberregierungsrätin Birgit John zur Leiterin des Referats 33 „Umweltökonomische Gesamtrechnung“ ernannt.

Tagungskalender

Oktober 2015 bis Juni 2016

Termin	Ort	
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistiken“
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
21./22. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
27./28. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
27. – 29. Oktober	Halle (Saale)	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
27. – 29. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
3./4. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
3./4. November	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
4./5. November	Berlin	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
5. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
10./11. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
10./11. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
11. November	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
11./12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
12. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
16./17. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
24./25. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
25./26. November	Wiesbaden	Arbeitskreis „Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“

Tagungskalender

Oktober 2015 bis Juni 2016

Termin	Ort	
2. Dezember	Bonn	Arbeitskreis „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“
2./3. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
8./9. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
19./20. Januar	Wiesbaden	Arbeitskreis „Standardisierung von Erhebungsunterlagen“
26./27. Januar	Wiesbaden	Fachausschuss „Handels- und Dienstleistungsstatistiken“
2./3. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
24./25. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
1./2. März	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
8./9. März	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistiken“
15./16. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
15./16. März	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
15. – 17. März	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
22./23. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
6. April	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
11./12. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
13./14. April	Wiesbaden	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
13./14. April	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
13./14. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
19./20. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
19./20. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“

Tagungskalender

Oktober 2015 bis Juni 2016

Termin	Ort	
19./20. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
19. – 21. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
20./21. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
20./21. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
26./27. April	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
27./28. April	Stuttgart	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
27./28. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
28. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
2. – 4. Mai	Bayern	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
10./11. Mai	Saar- brücken	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
10./11. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
10./11. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
31. Mai/1. Juni	Wiesbaden	Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
7. – 9. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfe-, Asylbewerberleistungs- und Wohngeldstatistik“
8./9. Juni	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
14./15. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
14./15. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
15./16. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“

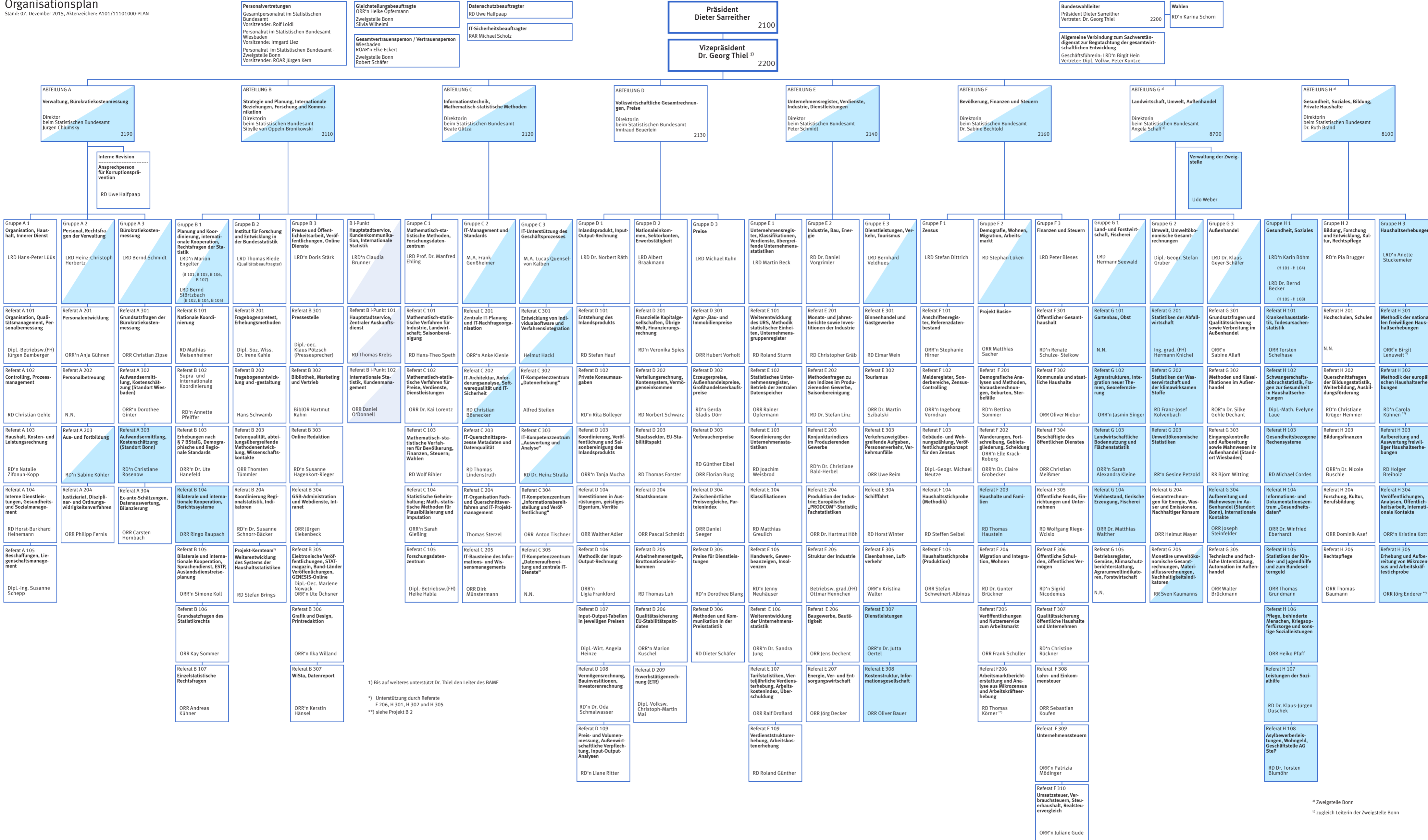
Tagungskalender

Oktober 2015 bis Juni 2016

Termin	Ort	
16./17. Juni	Wiesbaden	Arbeitskreis „Mathematisch-statistische Methoden“
28./29. Juni	Kiel	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29. Juni	Wiesbaden	Statistischer Beirat

Organisationsplan

Stand: 07. Dezember 2015, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



1) Bis auf weiteres unterstützt Dr. Thiel den Leiter des BAMF

* Unterstützung durch Referate F 206, H 301, H 302 und H 305
 **) siehe Projekt B 2

Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefon: +49 (0) 611 75-1
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDS Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Dienstort Wiesbaden
- Dienstort Wiesbaden/Bonn
- Dienstort Bonn
- Dienstort Wiesbaden/Berlin

^{*)} Zweigstelle Bonn
^{**)} zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn